

TSCHECHIEN

Gewerkschaftsmonitor

Juni 2025

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Die nächsten Parlamentswahlen sind für den 3. und 4. Oktober 2025 angesetzt. Derzeit führt ANO (Akce nespokojených občanů, Aktion unzufriedener Bürger) unter Andrej Babiš in Umfragen kontinuierlich mit 33 bis 36 Prozent, SPOLU (Zusammen) und STAN (Starostové a nezávislí, Bürgermeister_innen und Unabhängige) kommen derzeit auf ca. 18 bzw. 10 Prozent, die Piraten sind aus der Koalition ausgeschieden. Damit ist ein Wahlgewinn von ANO wahrscheinlicher geworden.

Seit den Parlamentswahlen im Oktober 2021 bilden insgesamt fünf Parteien die stark wirtschaftsliberale und kulturell tendenziell konservative Regierungskoalition in Tschechien: die Bürgerdemokraten von der ODS (Občanská demokratická strana, Demokratische Bürgerpartei), die christdemokratische KDU-ČSL (Křesťanská a demokratická unie – Československá strana lidová, Christliche und Demokratische Union – Tschechoslowakische Volkspartei) und ihre liberalere Absplitterung TOP 09 (Tradice, odpovědnost, prosperita, Tradition, Verantwortung, Prosperität), die als Zusammenschluss von Bürgermeister_innen entstandene STAN sowie die Piraten-Partei.

Diese Koalition löste die vorherige Regierung unter dem Unternehmer und Medienmogul Andrej Babiš ab, dessen Partei ANO bis dahin gemeinsam mit den Sozialdemokraten regiert hatte. Neuer Premierminister wurde Petr Fiala von der ODS, der nach einem knappen Wahlausgang das Amt übernahm.

Im Mittelpunkt des Wahlkampfes stand vor allem die Person von Andrej Babiš, dem unter anderem Interessenskonflikte und EU-Subventionsbetrug vorgeworfen wurden. Ihn abzuwählen, war entsprechend das erklärte Hauptziel der fünf Parteien, die sich zu diesem Zweck zu zwei Wahlbündnissen vereint hatten. Dadurch gerieten jedoch jedwede programmatische Auseinandersetzungen in den Hintergrund. Es kam im

Gegenteil zu einer Konsolidierung des Parteienspektrums in zwei sich gegenüberstehende, verhärtete Lager. Die Spaltung zwischen ihnen spiegelt tiefere Konfliktlinien in der tschechischen Gesellschaft, vereinfacht ausgedrückt die zwischen den Wendegewinnern und -verlierern, die jedoch vom Stellvertreterkonflikt um die Person von Babiš weitgehend überdeckt und damit politisch unverarbeitet bleiben.

Nach der Wahl bildeten ANO und die rechtspopulistische SPD (Svoboda a přímá demokracie, Freiheit und direkte Demokratie) die parlamentarische Opposition. Die politische Linke hingegen ist marginalisiert – sowohl die sozialdemokratische ČSSD (Česká strana sociálně demokratická, Tschechische Sozialdemokratische Partei, seit Juni 2023 im Rahmen einer Imageerneuerung in SOCDEM, Sociální demokracie, Sozialdemokratie, umbenannt) als auch die Kommunisten von der KSČM (Komunistická strana Čech a Moravy, Kommunistische Partei Böhmens und Mährens) haben erstmals seit 1989 den Wiedereinzug in das Parlament verpasst. Die Gründe dafür sind komplex, zu den wichtigsten gehören sicherlich die Wähler_innenwanderung von konservativeren Sozialdemokraten_innen in das Lager von Babiš sowie die Abkehr von liberal eingestellten Linken aufgrund der Regierungskoalition der ČSSD mit Babiš in den vorausgegangenen zwei Amtszeiten.

Unter ihrer neuen, linken und charismatischen Vorsitzenden Jana Maláčová sucht SOCDEM im Wahljahr 2025 nun erkennbar stärkere Nähe zu den Gewerkschaften. Die Fiala-Regierung sah sich seit ihrem Amtsantritt mit einigen Herausforderungen konfrontiert. Während die COVID-Pandemie in den ersten Monaten ihrer Amtsperiode auch ohne ihr besonderes Zutun abklang, änderte die russische Aggression in der Ukraine die politischen Rahmenbedingungen vollkommen, zumal die tschechische EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Hälfte 2022 auch maßgeblich die Reaktion der gesamten EU hierauf mitgestaltete.

Tschechien erwies sich – im Kontrast zur Haltung während der Flüchtlingskrise 2015 – als äußerst engagiert bei der Aufnahme und Versorgung von Hunderttausenden Geflüchteten aus

der Ukraine, sowohl staatlich als auch zivilgesellschaftlich. Im weiteren Verlauf jedoch zeigten sich strukturelle Schwierigkeiten seitens öffentlicher Stellen bei deren langfristiger Integration. Gleichzeitig nahm in der Bevölkerung der Rückhalt für Integrationsmaßnahmen sowie militärische Hilfe ab.

Neben allgemeinen Ermüdungseffekten kann Letzteres auch auf die miserable Performance der Regierung bei der Bewältigung der Energie- und Inflationskrise zurückgeführt werden. Nicht nur ließ sie aufgrund ihrer Laissez-faire-Überzeugung und der Bedienung ihrer Klientel, zu der unter anderem das große Business zählt, Tschechien zu einem der europäischen Spitzenreiter bei der Teuerung und dem damit einhergehenden Reallohnverlust aufsteigen, sondern wählte auch noch die unglückliche Kommunikationsstrategie, dass die so entstandenen sozialen Schiefen als unvermeidbarer und bereitwillig zu entrichtender Kriegszoll zu betrachten seien.

Tatkräftig konzentriert sich die Fiala-Regierung stattdessen auf die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen, deren vermeintlich katastrophale Lage der Vorgängerregierung als Folge von angeblicher »populistischer Verschwendung« in die Schuhe geschoben wird. Es bleibt fraglich, ob die gegenwärtige Verschuldung – die zwar nach wie vor wächst, aber insgesamt nur knapp die Hälfte des EU-Durchschnitts beträgt – ausgerechnet in dieser Situation ein solches Durchgreifen rechtfertigt, wie es das Kabinett im Mai 2023 mit einem großen Sparpaket beschloss.

Das Konsolidierungspaket enthält jedenfalls mehr als fünfzig teils kleinteilige Austeritätsmaßnahmen, deren Kosten in ihrer Gesamtwirkung überwiegend von den ohnehin schon gebeutelten Arbeitnehmer_innen zu tragen sein werden. Gewerkschaftlichen Berechnungen zufolge könnte eine Durchschnittsfamilie dadurch bis zu einem Fünftel ihres verfügbaren Einkommens verlieren ... Gleichzeitig bleiben hohe Einkommen, Erbschaften und Gewinne von Krisenprofiteuren nahezu unangetastet – trotz ausgeprägter Eigentumsungleichheit im internationalen Vergleich.

Während es die mit grundlegendsten Aspekten ihrer Erneuerung befasste Sozialdemokratie nicht schaffte, das Potenzial dieser Situation politisch für sich zu nutzen, haben sich die Gewerkschaften umgehend mit einer flächendeckenden Streikdrohung gegen das Sparpaket in Stellung gebracht, der Vorstufe eines Generalstreiks. Letztlich verpuffte aber dieses Aufbäumen mehr oder weniger erfolglos.

Die Position der Gewerkschaften in der Auseinandersetzung schwächte der deutliche Misserfolg des amtierenden Vorsitzenden des Gewerkschaftsdachverbandes ČMKOS (Českomoravská konfederace odborových svazů, Böhmisches-Mährische Gewerkschaftskonföderation), Josef Středula, bei der Präsidentschaftswahl Anfang 2023. Bei der Stichwahl konnte sich letztlich der ehemalige Berufssoldat und NATO-Offizier Petr Pavel gegen Andrej Babiš durchsetzen.

Anfang 2025 gab es erneut eine ähnliche gewerkschaftliche Drohung gegen den Regierungsvorstoß, das Arbeitsgesetz zu verschärfen und dabei u. a. das Kündigungsrecht weitgehend

schränkenlos auszugestalten. Die Novelle wurde schließlich ohne diese Änderung verabschiedet, was aber weniger auf den gewerkschaftlichen Widerstand zurückzuführen ist. Die verabschiedete Fassung bringt aus gewerkschaftlicher Sicht dennoch Verschlechterungen mit sich, z. B. Verdopplung der Probezeit von drei auf sechs Monate oder Verkürzung der Kündigungsfristen.

Mittelfristig liegt ein zentraler politischer Unsicherheitsfaktor der tschechischen Politik in der großen Anzahl der Nichtwähler_innen bzw. der fast eine Million Wähler_innen, deren Stimmen seit der letzten Wahl aufgrund der 5 %-Hürde nicht im Parlament repräsentiert sind. Die allermeisten hatten für kleine, teils radikale Protestkräfte gestimmt. In diesem Lichte betrachtet war die letzte Parlamentswahl mitnichten ein nachhaltiger Triumph der »demokratischen Kräfte«, sondern lediglich deren sehr knapper Etappensieg über populistische und Antisystemkräfte, den die Regierung möglicherweise gerade dabei ist, mit ihrer Austeritätspolitik zu verspielen.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Die tschechische Wirtschaft zeichnet sich, ähnlich wie andere mittelosteuropäische Transformationsländer, durch eine hohe Abhängigkeit von ausländischen Absatzmärkten sowie Investitionen aus. Darüber hinaus weist sie traditionell auch einen besonders hohen Industrieanteil aus – im verarbeitenden Gewerbe, meist allerdings preisabhängigen Zulieferbetrieben, arbeitet mehr als ein Drittel der Erwerbstätigen.

Die allermeisten tschechischen Exporte gehen in andere EU-Länder, besonders enge beidseitige Handelsbeziehungen bestehen zu Deutschland. Risiken für die langfristige Stabilität der Wirtschaft birgt mit einem Anteil von etwa einem Viertel an den Gesamtexporten insbesondere die hohe Abhängigkeit von der Automobilindustrie, in der große Umwälzungen wie der Übergang zur Elektro- oder Plattformmobilität vorstattengehen, über welche jedoch die strategischen Entscheidungen in den ausländischen Konzernzentralen gefällt werden.

Tschechien zählt innerhalb der EU zu den profitabelsten Standorten für ausländische Investoren. Allein im Jahr 2022 erwirtschafteten sie laut offiziellen – und tendenziell konservativ geschätzten – Angaben rund 20 Milliarden Euro an Gewinnen. Davon wurden lediglich etwa 40 Prozent im Land reinvestiert; der Großteil der Erträge floss jährlich ins Ausland ab.

Der gesetzliche Mindestlohn (832 € monatlich/5,20 € pro Stunde) gehört zu den niedrigsten in der EU, als Äquivalent von nicht einmal der Hälfte des Medianeinkommens liegt er nach wie vor unter der Armutsgrenze. Der Durchschnittslohn beträgt aktuell 1 847 € brutto. Eine der höchsten Inflationsraten in der EU in den letzten Jahren (kumuliert wird diese auf 35–40 % geschätzt) führte zu einer der höchsten Einbußen bei den Reallohnen in der EU, sodass sich die Kaufkraft trotz Nominalzuwächsen derzeit etwa auf dem Niveau von 2018 befindet. Berechnet man die notwendigen Ausgaben von Arbeitnehmer_innenhaushalten auf Basis eines Warenkorb, so haben die Preisniveaus vieler Güter oftmals bereits das Niveau reicherer westlicher Staaten erreicht oder gar überholt.

In dieser Berechnung wird auf ca. zwei Dritteln der tschechischen Stellen kein »existenzsichernder Lohn« in diesem Sinne gezahlt.

Die Regierung ergriff weder wirksame Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung, noch kann sie nennenswerte Mühen zur Abfederung ihrer sozialen Folgen vorweisen. Auch die tschechische Wirtschaft als Ganzes stagniert annähernd. Dennoch hat die Regierung die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen zu ihrem Hauptziel ausgerufen. Die Staatsverschuldung Tschechiens wuchs zwar zuletzt am schnellsten in der EU, beträgt jedoch mit ca. 45 Prozent des BIP nur etwas mehr als die Hälfte des EU-Durchschnitts.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Die Gewerkschaften haben in einem Land, dessen Gesellschaft als postkommunistisches Erbe besonders stark im neoliberalen Diskurs verhaftet ist, welcher schon mal gern die Gewerkschaften als kommunistisches Überbleibsel delegitimiert und dessen Wirtschaft hochgradig von ausländischem Kapital abhängig ist, kein einfaches Terrain. Sie führen einen Kampf um basale gesellschaftliche Anerkennung bei strukturell begrenzter Handlungsfähigkeit. Die damit zusammenhängende, vergleichsweise schwache Mitgliederbasis ist direkt mit der Frage ihrer Finanzierung verknüpft, deren Knappheit sich in eher schwachen professionellen Strukturen manifestiert, was wiederum die gewerkschaftliche Tatkraft und Handlungsspielräume negativ beeinflusst. Ein Teufelskreis, aus dem es schwer auszubrechen ist.

Gewisse Erfolge diesbezüglich können dem aktuellen Vorsitzenden des Gewerkschaftsdachverbandes ČMKOS, Josef Středula, zugerechnet werden. Im Frühjahr 2022 mit überwältigender Mehrheit bereits für die dritte vierjährige Amtsperiode wiedergewählt und seit 2019 ebenfalls stellvertretender Vorsitzender des Europäischen Gewerkschaftsbundes, ist er eine charismatische und gut vernetzte Person. In seiner Amtszeit hat er dem Gewerkschaftsdachverband einen modernen und professionellen Anstrich verpasst, Stimme der Gewerkschaften gesamtgesellschaftlich relevanter werden lassen und den Mitgliederschwund zumindest ausgebremst.

Unter seiner Führung wurde seit 2015 die landesweite Kampagne »Ende der billigen Arbeit« organisiert. Das Kernstück davon sind große Kundgebungen, um die alljährlichen Tarifverhandlungen mit koordinierten Forderungen einzuläuten. Damit waren die Gewerkschaften bis zur gegenwärtigen Inflationskrise recht erfolgreich, die Löhne waren jahrelang in einem relativ hohen Tempo gewachsen. Aktuell müssen sie jedoch hohe reale Verluste hinnehmen, auch weil die Regierung auf die gewerkschaftlichen Vorschläge zur Inflationsbekämpfung, beispielsweise Preisdeckelungen, in keins-ter Weise eingegangen ist.

Středulas Stern allerdings begann zu sinken, als er sich – nach Meinung seiner Kritiker ohne ausreichende Rückversicherung innerhalb der Organisation – 2023 zum Kandidaten für das Amt des Staatspräsidenten nominierte, nach einer schwachen Kampagne weitgehend ohne gewerkschaftliche Unterstüt-

zung dann zurückzog und, wiederum ohne politische Beratung im Gewerkschaftsvorstand, eine Wahlempfehlung für eine eher konservative, im Wahlgang dann auch unterlegene Kandidatin aussprach. Nach einer hässlichen Aktion der Metallgewerkschaft Odborový svaz KOVO (OS KOVO, Gewerkschaft der Metallarbeiter), die den Dachverband vorübergehend in eine akute Führungskrise stürzte, wurde Středula mit nunmehr nur noch knapp zwei Dritteln der Stimmen im März 2024 noch einmal im Amt bestätigt.

Angesichts der Austeritätspolitik der Regierung, des Niedergangs der Sozialdemokratie als traditionellem politischen Bündnispartner, massiver Reallohnverluste und anhaltender wirtschaftlicher Stagnation stehen die Gewerkschaften derzeit vor enormen Herausforderungen. Sie gehen geschwächt in diese Phase – nicht zuletzt, weil sie während der Energiekrise mehrere Rückschläge bei eigenen organisierten Demonstrationen hinnehmen mussten, während extremistische Kräfte teils ein Vielfaches an Mobilisierungskraft unter Beweis stellten.

GEWERKSCHAFTEN IN TSCHEDIEN – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Der stärkste tschechische Dachverband ČMKOS entstand – über mehrere Umbenennungen – aus den im Laufe der Samtenen Revolution gebildeten Betriebs- und Streikkomitees, die den alten Dachverband ROH (Revoluční odborové hnutí, Revolutionäre Gewerkschaftsbewegung) übernahmen. Man trat damit quasi die Nachfolge der früheren kommunistischen Staatsgewerkschaft an, übernahm auch deren Vermögen und blieb mit einer neuen, unbelasteten Führung die dominierende Konföderation, da die Mehrheit der ROH-Mitgliedsorganisationen dem alt-neuen Gewerkschaftsbund beitrug. Als sich die Tschechoslowakei 1993 in zwei Staaten aufteilte, spaltete sich die Struktur in einen Dachverband für die Tschechische Republik, ČMKOS, und einen für die Slowakische Republik, KOZ SR (Konfederácia odborových zväzov Slovenskej republiky, Konföderation der Gewerkschaften der Slowakischen Republik).

Die Transformation der Gewerkschaften gestaltete sich nicht einfach. Sie hatten vor der Wende de facto kaum eine mitgestaltende Funktion in der Gesellschaft, gleichzeitig war aber Mitgliedschaft Pflicht, wollte man nicht als Regimegegner gelten. Dies hat ihr Ansehen naturgemäß nachhaltig beschädigt. Nach 1989 entstand schrittweise eine Landschaft mit Betriebsorganisationen und sie vereinenden Branchenverbänden, die man je nach Blickwinkel als pluralistisch oder aber zersplittert bezeichnen kann. Sie mussten ihre Legitimität im neuen, stark neoliberal geprägten System hart erkämpfen und der Prozess ist bei Weitem noch nicht abgeschlossen. Auch wurden nach der Wende für ihre Existenz und Arbeit solche rechtlichen Grundlagen geschaffen, die sie in vielerlei Hinsicht strukturell benachteiligten.

Die Gewerkschaften erwiesen sich in der jüngsten Vergangenheit als politischer Akteur mit gesamtgesellschaftlicher Rele-

vanz, vor allem im Jahr 2012, als sie in einer breiteren gesellschaftlichen Allianz Träger der Proteste gegen die Regierung des konservativ-neoliberalen Premierministers Petr Nečas (ODS) waren, die massive Kürzungen der öffentlichen Daseinsvorsorge androhte und umzusetzen begann. Die Proteste trugen maßgeblich zum Fall dieser Regierung bei und hieften die sozialdemokratisch geführte Regierung von Bohuslav Sobotka ins Amt.

An dieses Momentum konnten die Gewerkschaften noch anknüpfen, als 2014 Josef Středula, zuvor Vorsitzender der lautstarken Metallgewerkschaft, zum Vorsitzenden des Gewerkschaftsdachverbandes ČMKOS gewählt wurde. Seitdem hat sich einerseits das Image der Gewerkschaften verbessert und sie konnten ihre gesellschaftliche Relevanz ausbauen. Andererseits reicht ihre aktuelle Mobilisierungsfähigkeit – auch weil langjährige parteipolitische und zivilgesellschaftliche Verbündete weggebrochen sind – bei Weitem nicht an die damalige Stärke heran, obwohl die soziale Situation ähnlich gelagert ist und derzeit eine Austeritätsregierung im Amt ist.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Das wichtigste Vertretungsorgan für die Beschäftigten in Tschechien und der zentrale Baustein im tschechischen Gewerkschaftssystem, von dem die Macht in den Strukturen ausgeht, ist die gewerkschaftliche Grundorganisation auf Betriebsebene, die von mindestens drei Mitarbeiter_innen gegründet werden kann. Ihre Tätigkeit wird in der Regel auf ehrenamtlicher Basis betrieben, auf Freistellungen gibt es keinen gesetzlichen Anspruch. Ein System von Betriebsräten mit einer gewissen Unabhängigkeit von Gewerkschaftsstrukturen, wie sie z. B. in Deutschland vorhanden sind, gibt es in Tschechien nicht. Es existiert zwar eine gesetzliche Grundlage dafür, neben betrieblichen Gewerkschaftsorganisationen erscheint ihre Gründung jedoch meist sinnlos.

Die Grundorganisationen treten – in der Regel auf der Grundlage der Zugehörigkeit ihrer Betriebe zu einer bestimmten Branche – auf freiwilliger Basis zentralen Einzelgewerkschaften bei. Die mit Abstand mitgliederstärkste Einzelgewerkschaft ist die der in der Metall verarbeitenden Industrie Beschäftigten, OS KOVO, was die herausragende Rolle dieser Branche in der tschechischen Wirtschaft widerspiegelt. In anderen Branchen sind weitaus weniger Arbeitnehmer_innen gewerkschaftlich

organisiert, einige Gewerkschaftsverbände können nur niedrige dreistellige Mitgliedszahlen vorweisen. Selbstständige, Arbeitslose, Arbeitsmigrant_innen, Leiharbeiter_innen oder Plattformarbeiter_innen gelten den Gewerkschaften in der Regel nicht als potenzielle Mitglieder. Die Anzahl der Gewerkschaftsmitglieder betrug 2018 insgesamt 11,4 Prozent der Erwerbstätigen, was einen massiven Rückgang gegenüber 45 Prozent im Jahr 1995 darstellt. Für die letzten Jahre soll der Verfall aber laut Verlautbarungen der Gewerkschaften zumindest ausgebremst worden sein.

Die Branchenverbände schließen sich in der Regel einem der insgesamt drei Dachverbände an. Derzeit ist der Dachverband ČMKOS mit seinen 31 Einzelgewerkschaften der mitgliederstärkste und gleichzeitig einflussreichste. Eine gewisse Rolle spielt neben ČMKOS noch ASO (Asociace samostatných odborů, Vereinigung unabhängiger Gewerkschaften). Zusammen stellen sie die sieben Vertreter_innen der Arbeitnehmer_innenseite in der sogenannten »Tripartitität«, dem »Rat der wirtschaftlichen und sozialen Übereinkunft«, einem Gremium, in dem Gewerkschaften und Arbeitgeber zu Regierungsvorhaben unverbindlich angehört werden. Das Gehör, das ihnen dabei geschenkt wird, ist je nach Regierungskonstellation unterschiedlich stark – derzeit wird eine auf absolutes Minimum beschränkte Gesprächsbereitschaft der Regierung bemängelt.

Durch die in den Betrieben wurzelnde Struktur – die Anzahl der betrieblichen Organisationen beträgt um die 6 000 – und die historisch bedingte relativ hohe Anzahl der Branchenverbände ist das gewerkschaftliche Spektrum in Tschechien einerseits fragmentiert und dezentral. Andererseits kommen kaum neue Abspaltungen hinzu. Höchstens kommt es zu einem Ausstieg einzelner Betriebsorganisationen aus der Branchengewerkschaft, wie dies z. B. 2014 der folgenreiche Fall bei allen drei mitgliedsstarken Škoda-Werken war. Gleichzeitig erweisen sich aber auch jedwede Fusionsversuche, die bei der Anzahl von einzelnen Verbänden zugunsten von Schlagkraft durchaus ratsam wären, als kaum durchsetzbar. Dies ist nicht zuletzt wegen der Besitztümer, über die man keine Handlungshoheit verlieren möchte, aber auch anderweitiger Rivalitäten und persönlicher Verquickungen der Fall.

Die wichtigste Finanzierungsquelle der Gewerkschaften stellen die Mitgliedsbeiträge dar. Grundorganisationen erhalten in der Regel ein Prozent des Nettoeinkommens ihrer Mitglieder.

Tabelle 1

Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in Tschechien

Dachverband	Vorsitz/stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Českomoravská konfederace odborových svazů, ČMKOS (Tschechisch-Mährischer Gewerkschaftsbund)	Vorsitz: Josef Středula Stv. Vorsitz: Jiří Vaňásek, Radka Sokolová	230 000	IGB, EGB
Asociace samostatných odborů, ASO (Vereinigung unabhängiger Gewerkschaften)	Vorsitz: Bohumír Dufek Stv. Vorsitz: Martin Engel, Martin Malý, Josef Hlahůlek	60 000 bis 80 000	–

Tabelle 2

Die wichtigsten Branchen- bzw. Einzelgewerkschaften in Tschechien

Branchenverband/Gewerkschaft	Dachverband	Vorsitz/stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Odborový svaz KOVO, OS KOVO (Metallgewerkschaft)	ČMKOS	Vorsitz: Roman Ďurčo Stv. Vorsitz: Libor Dvořák, Ivo Kužel, Tomáš Valášek	Keine offiziellen Informationen; wahrscheinlich zwischen 60 000 und 80 000	IndustriAll, IndustriAll Europe
Odborový svaz zdravotnictví a sociální péče, OSZSP (Gewerkschaft für Gesundheits- und Sozialwesen)	ČMKOS	Vorsitz: Dagmar Žitníková Stv. Vorsitz: Lubomír Franc, Jana Hnyková	k. A.	PSI, EPSU
Odborový svaz ECHO (Gewerkschaft Energie und Chemie)	ČMKOS	Vorsitz: Karel Klusák	k. A.	IndustriAll, IndustriAll Europe

Davon entrichten sie unterschiedlich hohe Anteile an die Branchengewerkschaften, die wiederum einen Teil davon an die Dachverbände überweisen. Diejenigen Einzelgewerkschaften, die eine direkte Nachfolge der Verbände von vor 1989 angetreten haben, verfügen darüber hinaus über zum Teil große Vermögen (z. B. historische Gebäude in der Prager Innenstadt) und damit über eine deutlich bessere finanzielle Ausstattung als andere, was ihnen zu einer entsprechend starken Stellung verhilft, aber auch Fusionen verhindert. Die Gewerkschaften profitieren auch von staatlichen Programmen zur Förderung des sozialen Dialogs und beantragen regelmäßig Mittel aus den EU-Fonds.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Sowohl die historisch bedingte und rechtlich nach 1989 weitergeführte, auf betrieblichen Grundorganisationen basierende Struktur der Gewerkschaften als auch die Tatsache, dass ihnen relativ wenig Rechte konkret und verbindlich gesetzlich garantiert sind, bedingt die insgesamt nicht einfache Position der tschechischen Gewerkschaften.

Dass der Schwerpunkt auf betrieblicher Ebene mehrfach ungünstig ist, liegt auf der Hand: Vielfach sind die Vorstandsmitglieder der Organisationen für ihre Tätigkeit noch nicht mal freigestellt, denn eine gesetzliche Pflicht gibt es dazu nicht; von einer weitergehenden Professionalisierung, die für Verhandlungen mit dem Management notwendig wäre, ganz zu schweigen. Das betreffende Personal macht es ebenfalls verwundbarer gegenüber Einschüchterungsversuchen von der Arbeitgeberseite. Auch führt die Betriebsbezogenheit dazu, dass selbst aktiven Gewerkschafter_innen chronisch der Blick für gesamtgesellschaftliche Fragen und Probleme wie den Abbau der öffentlichen Daseinsvorsorge oder den Klimawandel fehlt.

Schwierigkeiten bereitet den Gewerkschaften auch eine gesetzliche Regelung, die dem Recht auf Versammlungsfreiheit nachkommt und der zufolge es in einem Betrieb mehrere gewerkschaftliche Organisationen geben kann. Da sie aber alle

einem gemeinsamen Kollektivvertrag zustimmen müssen, öffnet dies Tür und Tor für Organisationen, die nur zum Zwecke der Störung des Verhandlungsprozesses gegründet werden, nicht selten von den Arbeitgebern unterstützt.

Die Anzahl der Punkte, zu denen die Arbeitgeber die Gewerkschaften verbindlich befragen bzw. mit ihnen Regelungen treffen müssen, ist außerordentlich gering. Die betrieblichen Organisationen haben das Recht, sog. Kollektivverträge zu verhandeln, in denen sowohl die Entgelthöhe als auch die weiteren Arbeitsbedingungen (z. B. Arbeitszeit, Urlaubsanspruch) bestimmt werden können; es gibt jedoch keinen verbindlichen Themenkatalog, zu dem in den Verträgen Stellung bezogen werden müsste.

Die Kollektivverträge sind nach ihrem erfolgreichen Abschluss auch für Nichtmitglieder gültig, was dazu führt, dass die Gewerkschaften probieren, durch andere Vergünstigungen und Angebote Mitglieder zu werben. Dies führt letztlich aber dazu, dass sie eher als Dienstleister, denn als politische Vereinigung angesehen werden, was wiederum greifbare Folgen für ihre Mobilisierungsfähigkeit hat. Der Abschluss von sogenannten Kollektivverträgen höheren Rangs, d. h. Vereinbarungen auf (Teil-)Branchenebene, mit denen man die Schwierigkeiten der Verhandlungen auf Betriebsebene umgehen würde, wird häufig aus ebendiesen Gründen von Arbeitgebern folgenlos verweigert.

Verbindlich befragt werden müssen Gewerkschaftsorganisationen nur, wenn einem Mitglied ihres Vorstandes gekündigt werden soll. In Aufsichtsräten sind Arbeitnehmer_innen nur bei Betrieben mit mindestens 500 Beschäftigten vertreten und dies nur mit einem Drittel der Stimmen, sie haben daher kaum realen Einfluss. Gestreikt werden darf nach einer strikten Auslegung lediglich im Falle von gescheiterten Kollektivverhandlungen, die rechtlichen Voraussetzungen dafür sind im Einzelnen enorm hoch und verlangen von den Arbeitskämpfenden ein besonders hohes Durchhaltevermögen über eine in der Regel recht lange Zeit. Dies geht so weit, dass es Stimmen gibt, die bezweifeln, dass man das Streikrecht überhaupt noch als

gegeben ansehen kann. Gepaart mit einer ohnehin gegebenen Zurückhaltung führt dies dazu, dass im Lande kaum gestreikt wird.

Bei für Arbeitnehmer_innen relevanter Gesetzgebung wird die Meinung der Gewerkschaften im Rahmen der Tripartitität eingeholt, einem beratenden Organ der Regierung, das je nach politischer Couleur mehr oder minder intensiv und verbindlich zurate gezogen wird.

Neben der Frage der in den Strukturen begründeten Macht und den gesetzlich verankerten Rechten werden ihre Arbeitsbedingungen genauso von ihrem gesellschaftlichen Bild bestimmt. Historisch bedingt erlangten Gewerkschaften noch keine breit anerkannte Legitimität und sind noch oft heftigen öffentlichen Anfeindungen durch die Arbeitgeber, die Politik und die Medien ausgesetzt. Ebenfalls ist deswegen ihre Mitgliederbasis recht schwach, was sich in die relative Schwäche der Strukturen übersetzt, die nur vereinzelt über notwendige fachliche Kapazitäten und kaum noch über ein internes Bildungssystem verfügen.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

Die beschriebenen strukturellen, rechtlichen und diskursiven Rahmenbedingungen der gewerkschaftlichen Arbeit haben einen direkten Einfluss auf ihre Fähigkeit, ihren Kernaufgaben gerecht zu werden.

Die Abdeckung der Arbeitnehmer_innen durch Kollektivverträge betrug 2019 32,1 Prozent. Damit befindet sich Tschechien etwa am unteren Rande des Mittelfeldes der OECD-Länder und weit unter dem mittelfristigen Ziel von 80 Prozent, zu dem sich die EU-Staaten in der beschlossenen Richtlinie über angemessene Mindestlöhne verpflichtet haben. Der erwartete Aktionsplan der tschechischen Regierung zu ihrer Umsetzung müsste entsprechend ambitioniert ausfallen, dies ist jedoch bei ihrer weltanschaulichen Ausrichtung schwer vorstellbar. In jedem Falle würde dies die Stärkung der Kollektivverhandlungen auf Branchenebene voraussetzen, die bislang auf Widerstand der Arbeitgeber stößt.

Seit dem Beginn der Kampagne »Ende der billigen Arbeit« im Jahr 2015 wurden jährlich im Schnitt relativ hohe Nominallohnzuwächse erreicht. Nach Angaben der Gewerkschaften waren dabei die Löhne in den Betrieben, in denen es eine Gewerkschaftsorganisation gibt, signifikant höher und die Arbeitszeiten kürzer. Dieser positive Trend kam aber mit aktuellen Reallohnverlusten im inflationären Umfeld zu einem abrupten Ende und die Gewerkschaften haben noch keine Strategie, um sie möglichst schnell wieder auszugleichen.

Auch bei den bedeutenden Erhöhungen des Mindestlohns in den letzten Jahren spielten die Gewerkschaften eine wichtige Rolle, wenngleich zusätzlich die Beteiligung der Sozialdemokraten an den Regierungen ausschlaggebend war. Derzeit können sie sich, auch wegen der Couleur der aktuellen Regierung, mit ihrer Forderung nach einer Erhöhung und gleichzeitigen Fixierung des Mindestlohns oberhalb der anerkannten Armutsgrenze nicht durchsetzen.

Konsequent setzen die tschechischen Gewerkschaften die niedrigen Löhne in den europäischen Kontext und klagen eine schnellere Konvergenz zwischen Ost und West ein. Auch haben sie einen eigenen Vorschlag für eine entsprechende wirtschaftspolitische Strategie vorgelegt, der aber bislang kaum Beachtung fand. Viele gewerkschaftspolitische Themen hingegen, die man als progressiv bezeichnen könnte, wie Geschlechtergleichstellung oder Just Transition, bleiben in Tschechien eher marginal. Dies hängt zum einen mit mangelnden Kapazitäten und der hauptsächlichlichen Fokussierung selbst hoher Amtsträger auf die betriebliche Ebene zusammen, zum anderen aber auch mit der eher konservativen Ausrichtung der Mitgliederbasis.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Wie bereits beschrieben, kämpfen die Gewerkschaften in der postkommunistischen Gesellschaft Tschechiens nach wie vor um ein positives Image und eine breitere Akzeptanz in der Gesellschaft. Das statistisch erhobene Vertrauen der Bevölkerung gegenüber Gewerkschaften ist kontinuierlich gestiegen, was sich auch an dem erwähnten Aufhalten des Mitgliederchwunds ablesen lässt. 2023 wurden gar Rekordwerte gemessen – derzeit vertrauen vollständig oder tendenziell den Gewerkschaften 54 Prozent der Bevölkerung, 10 Prozentpunkte mehr gegenüber dem Vorjahr. Damit liegen sie zwar traditionell relativ weit hinter der Polizei, Armee, den Banken und Gerichten, aber schneiden besser ab als das Parlament und insbesondere die politischen Parteien, die regelmäßig am hinteren Ende liegen. Dies ist zwar angesichts der Krise und der Herausforderungen ein gutes Zeichen, in konkreter Mobilisierung oder Mitgliederzulauf hat es sich jedoch noch nicht materialisiert.

Das derzeit relativ gute Ansehen der Gewerkschaften war bislang eng mit dem ČMKOS-Vorsitzenden Josef Středula verknüpft. Dieser wurde zwar mit seinem Team im April 2022 bereits zum dritten Mal und ohne Konkurrenz wiedergewählt, die verpatzte Präsidentschaftswahl brachte ihm aber zumindest gewerkschaftsintern einigen Ärger. Eine adäquate, potenzielle Nachfolge ist aber bislang nirgendwo zu erkennen. Zu den größten Herausforderungen gehört es auch deshalb, den Vertrauensgewinn in Mitgliederzuwächse umzusetzen sowie sukzessive Nachwuchskräfte aufzubauen.

Vorrangige politische Aufgaben werden für die absehbare Zeit bei der Abfederung der sozialen Krise und der Abwehr der neoliberalen Vorhaben der amtierenden Regierung liegen. Derzeit haben die Gewerkschaften politisch motiviert ihre Streikbereitschaft erklärt, was sich als Fehltritt erweisen könnte, wenn ihnen weder eine deutliche Milderung des staatlichen Sparpakets noch die Umsetzung des angedrohten Generalstreiks gelingt. Die kurz- sowie langfristigen Folgen für die Gewerkschaften sind kaum auszumalen, möglicherweise würden in einer solchen Situation auch die durch die Präsidentschaftswahl entstandenen internen Risse offen zutage treten.

Ebenso stehen langfristige Aufgaben an – neben einer wirtschaftspolitischen Strategie, die das Land aus der Billiglohnfalle befreit, ist hier insbesondere an die Mitgestaltung von

drohenden technologischen Umwälzungen sowie des Übergangs zum CO₂-neutralen Wirtschaften zu denken. Ein weiteres drängendes Thema ist die Integration ukrainischer Geflüchteter in den tschechischen Arbeitsmarkt – ein Prozess, bei dem sich zunehmend strukturelle Schwierigkeiten zeigen.

Für alle diese Aufgaben sind die Rahmenbedingungen für die Gewerkschaften nicht einfach: Ihre formalen Rechte sind relativ gering, der Schwerpunkt gewerkschaftlichen Handelns auf Betriebsebene strukturell ungünstig und eine breite politische und zivilgesellschaftliche Unterstützung ist nicht in Sicht. Der traditionelle politische Partner, die sozialdemokratische Partei, ist in einem beispiellosen Maße geschwächt, was sich nachteilig auf alle Auseinandersetzungen über kürzer- sowie längerfristige Aufgaben und Ziele auswirken wird.

Auf internationaler Ebene sind die tschechischen Gewerkschaften hingegen vergleichsweise gut vernetzt. Die Einzelgewerkschaften tauschen sich regelmäßig mit ihren europäischen Pendanten aus und sind in der Regel Mitglieder der europäischen und internationalen Strukturen. Josef Středula ist seit 2019 stellvertretender Vorsitzender von ETUC, womit einem langfristigen Ungleichgewicht Rechnung getragen wurde und die Belange der Gewerkschaften aus Mitteleuropa nun stärker eingebracht werden können.

Darauf zu bauen könnte der Grundbaustein für die Strategie der tschechischen Gewerkschaften sein, allen beschriebenen Krisen und Herausforderungen zu begegnen.

Jörg Bergstermann, Leiter der Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Tschechischen Republik und in der Slowakischen Republik

Kateřina Smejkalová, Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Prag

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Europäische Union und Nordamerika (EUN)
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:
Henrik Meyer, Referatsleiter EUN
FES-EUN@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfszwecke verwendet werden.